

## Gedenken als Aufgabe der politischen Kultur

VORTRAG VON JÖRG SCHÖNBOHM, INNENMINISTER UND STELLVERTRETENDER MINISTERPRÄSIDENT DES LANDES BRANDENBURG, ZUR VERANSTALTUNG „ZUKUNFT BRAUCHT ERINNERUNG - SYSTEM UND WIRKLICHKEIT DER SPEZIALLAGER IN DER SBZ/DDR 1945 – 1950“

### Erinnern Sie sich noch?

*„Herr von Ribbeck auf Ribbeck im Havelland,  
Ein Birnbaum in seinem Garten stand,*

*Und kam die goldene Herbsteszeit  
Und die Birnen leuchteten weit und breit,  
Da stopfte, wenn's Mittag vom Turme  
scholl,*

*Der von Ribbeck sich beide Taschen voll“*  
...

**So beginnt das berühmte Gedicht von Theodor Fontane, dem wohl größten märkischen Dichter. Viele von uns haben es in der Schule gelesen, manche haben es auswendig gelernt und kennen es bis heute.**

Hierzulande, also in den jungen Ländern und in Brandenburg zumal, sind viele Schüler ganz ohne den guten alten Ribbeck aufgewachsen, ohne seine Birnen und ohne seine segenspendende Hand.

Wohl wurde hier und da im Familienkreis oder durch die persönliche Initiative von Lehrern diese Ballade gelehrt, doch viele junge Brandenburger sind den von Ribbecks nie oder nur zufällig begegnet. Dabei war es durchaus nicht so, dass zu DDR-Zeiten Fontane in seiner Heimat nichts gegolten hätte. Nein, Theodor Fontane fand sich im DDR-Curriculum ebenso wie in demjenigen der meisten der bundesrepublikanischen Bundesländer.

Doch die rührende Geschichte des guten alten Herrn von Ribbeck auf Ribbeck im Havelland erfreute keiner Popularität bei de-

nen, die die Verantwortung für die sozialistische Bildung trugen.

Eine besondere Rolle spielte dabei Margot Honecker, von 1963 bis 1989, also 26 Jahre lang, Ministerin für Volksbildung. Warum das so war, ist leicht erklärt:

Feudale Gutsherren sind im historischen Materialismus Ausbeuter, Unterdrücker und Klassenfeinde. Ein solcher konnte also kein netter älterer Herr mit sympathischem Dialekt und einem großem Herz für Kinder sein.

Das konnte man übrigens bis vor kurzem in dem Wohnheim der Arbeiterwohlfahrt, als welches das „von Ribbeck“-sche Gutshaus genutzt wurde, sehen: Dort hing Jahre nach dem der SED-Diktatur ein entsprechendes Gemälde mit sozialistisch-erzieherischem Anspruch. Dass der Herr von Ribbeck, also der „Klassenfeind“, seinerzeit so beliebt sein sollte, dass bei seinem Tod den Kindern das Herz schwer wurde und die trauernden Dörfler ihm ehrfürchtig das letzte Geleit gaben, war in der kommunistischen Gesellschaft undenkbar – ebenso wie das Absingen religiöser Lieder wie das von Fontane genannte „Jesus meine Zuversicht“.

Fontanes Verse über Herrn von Ribbeck blieben also dem kollektiven Gedächtnis der jungen Brandenburger verborgen. Nur allmählich lassen sich solche Lebensvorstellungen und Gewohnheiten verändern.

Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie unterschiedlich Menschen in unserem wiederver-

**POTSDAM**

JÖRG SCHÖNBOHM

**August 2006**

[www.kas.de/potsdam](http://www.kas.de/potsdam)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

einigen Land geprägt sind. Wir werden uns nur durch Gespräche darüber unseren Gemeinsamkeiten nähern können.

Die Ribbeck'schen Birnen sind aber vor allen Dingen ein Beispiel dafür, wie die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands auch unsere Kultur für Ihre Ideologie benutzte.

Die systematische Verzerrung und Fälschung von Geschichte war zentraler Bestandteil ihrer kommunistischen Politik und auch die von Fontane genannte Familie von Ribbeck ist dafür ein gutes Beispiel:

Hans von Ribbeck, ein widerborstiger deutschnationaler Konservativer mit Kontakten zu einigen der Verschwörer des 20. Juli, wurde noch im Mai 1944 von den Nationalsozialisten verhaftet und Anfang 1945 im KZ Sachsenhausen ermordet. Die Güter der von Ribbecks wurden eingezogen, die Familie musste sie verlassen.

Dass Hans von Ribbeck genau wie viele andere politische Opfer der NSDAP-Diktatur starb, darunter auch Sozialdemokraten und Kommunisten, half seiner Familie nicht, nach 1945 auf ihrem Besitz zu bleiben.

Nach Kriegsende setzte in der SBZ und der DDR eine „Differenzierungspolitik“ im Gedenken ein, wie sie exemplarisch für die SED-Geschichtsschreibung ist. „Opfer der Nationalsozialisten“ gewesen zu sein, reichte in der DDR nicht aus, um zum „antifaschistischen Widerstand“ zu gehören. Nur Sozialisten, besser Kommunisten, zählten dazu.

Bedauerlich ist, dass diese Einstellung immer noch Bestandschutz hat: Als die CDU in Lübbenau im vergangenen Jahr den Antrag stellte, eine örtliche Straße nach dem Lübbener Grafen Wilhelm Friedrich von Lynar zu benennen, einem der hingerichteten Verschwörer des 20. Juli 1944, wurde dies nach heftiger Auseinandersetzung schließlich von der Mehrheit im Stadtrat abgelehnt.

Ein von Ribbeck und ein von Lynar blieben „Junker“, blieben nach 1945 Klassenfeinde und die Familie von Ribbeck verließ wie Hunderttausende andere ihre Heimat, ging

in den Westen und kehrte erst in den 90er Jahren teilweise wieder nach Ribbeck zurück. Ebenso taten es übrigens die Lynars, die Hardenbergs, die Finkensteins und die von der Marwitz, um nur einige zu nennen. So blieb dem Herrn von Ribbeck in seiner märkischen Heimat das angemessene Gedenken verwehrt.

Günther de Bruyn, der bedeutendste lebende märkische Schriftsteller und ein genauer Beobachter unserer Kultur, beschrieb diese Politik in seinem Buch „Deutsche Zustände“ im Jahre 1999 so: „In der DDR waren von Anfang an Reglementierungen wirksam, nach denen nur derjenigen Toten gedacht werden durfte, die auf der richtigen Seite gestanden hatten: auf der der Sowjetunion.“

Und de Bruyn fährt dann fort, es habe aber nicht erinnert werden dürfen, „an die in deutschen Lagern verendeten russischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter, die in der Sowjetunion als Verräter galten; nicht an die Opfer aus Stalins Lagern; nicht die zivilen Kriegstoten und die Angehörigen der deutschen Armee. Die verfallenden deutschen Soldatendenkmäler wurden zum Zeichen für die politische In-Dienststellung auch der Toten. Noch die Trauer wurde ideologisiert.“

Vor zwei Jahren habe ich an der Enthüllung einer Gedenktafel für die Häftlinge des 20. Juli im Konzentrationslager Sachsenhausen mitwirken können. Ein solches Gedenken konnte erst nach Jahren der Diskussion erfolgen, weil über mehr vier Jahrzehnte der Widerstand gegen Hitler in der öffentlichen Wahrnehmung fast ausschließlich nur kommunistisch sein durfte.

Ähnlich erging es dabei anderen von den Nationalsozialisten verfolgten Gruppen: Christen, Homosexuellen, Sinti und Roma, Zeugen Jehovas - selbst den Juden. Für die Sowjetarmee hingegen wurden unzählige Ehrenmäler und Ehrenfriedhöfe geschaffen, die über das angemessene Gedenken an Kriegstote weit hinausgehen. Kaum ein märkisches Dorf ohne ein solches Ehrenmal, das häufig die Erinnerungszeichen für die eigenen, die deutschen Gefallenen der Krie-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

POTSDAM

JÖRG SCHÖNBOHM

August 2006

[www.kas.de/potsdam](http://www.kas.de/potsdam)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

ge zwischen 1864 und 1945 in den Hintergrund drängt.

Damit keine Missverständnisse entstehen: Eines Soldaten, der im Krieg gefallen ist, muss angemessen gedacht werden, ohne Ansehen seiner Nationalität. Er hat das Recht auf eine anständige Grabstätte, denn im Tod gebührt ihm die Würde, die jedem Menschen zusteht.

Es nimmt nicht wunder vor diesem Hintergrund, wie in der DDR mit den Opfern des Sozialismus umgegangen wurde. Alle in einem sowjetischen Speziallager Eingesperrten waren angeblich Nationalsozialisten. Die damalige bundesdeutsche und die heutige gesamtdeutsche Geschichtsforschung hat die Lügen der SED vielfach entlarvt. Wer es genau wissen will, braucht es nur nachzulesen.

Ich habe gerade in den letzten Monaten viele Zeitzeugenberichte von Speziallagerinterneierten gelesen – ebenso menschlich bewegende Briefe über erlittenes Unrecht und Gefangenschaft. Die Enttäuschung und Empörung über den öffentlichen Umgang mit diesen Verbrechen darf und muss ausgesprochen werden. Wir können und dürfen diese Menschen und ihr Leiden nicht vergessen.

Es geht um die Wahrheit und um die Gerechtigkeit für diese Opfer, weil es über Jahrzehnte totgeschwiegen wurde. Es darf keine Opfer erster oder zweiter Klasse geben. Unrecht, Willkür und Leiden der Menschen bis zum Tod, sei es durch Erschießen, Erdrosseln oder Verhungern, verpflichten uns zur Erinnerung.

Es geht auch um eine Kulturleistung des Gedenkens, die wir uns selbst schuldig sind. Erinnerung und Totenkult werden evolutionsbiologisch als wichtige Stufe auf dem Weg zum Menschsein gesehen. Der Mensch wird sich seiner bewusst, wenn er seine Geschichte reflektiert. Erinnerung, Traditionspflege, Gedenken aufzugeben, ist auch ein Rückfall hinter diesen Entwicklungsschritt der Menschheitsgeschichte.

Der Schweizer Historiker Jakob Burckhardt spricht zum Beginn des vorigen Jahrhunderts von der „drohenden Barbarei der Geschichtslosigkeit“. „Nur Barbaren“, so Burckhardt, „geben sich mit dem gerade vorhandenen zufrieden und fragen nicht nach dem Gestern und Morgen, fragen nicht nach dem woher und wohin. [...] Denn alle Kultur ist auf Geschichte gegründet und Kulturlosigkeit heißt: davon nichts wissen zu wollen.“

Gedenken ist auch Grundlage einer Gemeinschaft. Es schafft Identität, die wir in unserer zunehmend bindingslosen Gesellschaft so dringend brauchen. Keine Gemeinschaft, keine Gesellschaft, kein Volk, auch kein Staat kommt ohne Gedächtnis und ohne Erinnerung aus. Ohne Erinnerung zu leben bedeutet, keine Identität, keine Orientierung zu haben. Kein Stolz ohne Scham, kein dankbares Zurückblicken, ohne die Verantwortung zu spüren und anzunehmen.

Es ist kein Zufall, dass unser Gedenken aus der christlichen Tradition entspringt. „Erinnerung ist die Dankbarkeit des Herzens“ hat der katholische Theologe Romano Guardini einmal formuliert.

Dieses Erinnern, dieses Gedenken bedeutet dabei nicht nur Dankbarkeit gegenüber denen, die vor uns waren. Es bedeutet auch Verpflichtung und zwar Verpflichtung zur Tat. Wenn wir der Opfer von Diktatur gedenken, dann werden uns die Schrecken des Unrechtsregimes wieder bewusst. So entspringt aus dem Gedenken eine Sensibilisierung für den Wert von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, die Grundlagen unserer Demokratie.

Das Wesen eines Unrechtsstaates ist vor allem die Rechtlosigkeit und damit die Wehrlosigkeit, die zu Angst führt und den Menschen seiner Würde beraubt. So ist dieses Gedenken die Basis unserer politischen Kultur. Wir müssen die Geschichtslügen aufdecken, um aller Opfer gedenken zu können. Die Eröffnung der Ausstellung „Erzwungene Wege – Flucht und Vertreibung im 20. Jahrhundert“ und die Diskussion um deren Notwendigkeit und Richtigkeit zeigen, wie schwierig dies auch heute noch ist.

Es geht um die Aufgabe, „Erinnerung und Geschichte zusammenzuführen“, wie es Karl-Peter Schwarz in seinem Leitartikel in der FAZ vom 10. August beschreibt und dazu ausführt:

„Charakteristisch für die totalitären und posttotalitären Regime im Osten war ja gerade, dass in ihnen gewissermaßen die Geschichte über die [persönliche] Erinnerung triumphierte. Die Kommunisten beschäftigten eine Kaste weißwaschender Historiker, die darauf achteten, dass ihr offizielles Geschichtsbild nicht durch Leute gestört wurde, die einfach erzählen wollten, was ihnen widerfahren war.“

Wir müssen uns erzählen können, wir wollen uns erzählen, was uns widerfahren ist. Darum müssen wir den jungen Menschen immer wieder von Vergangenen berichten, müssen wir sie mit dem Schönen wie mit dem Schrecken unserer Erinnerungen konfrontieren. Die Konrad-Adenauer-Stiftung trägt mit dieser Veranstaltung dazu bei und dafür danke ich ihr besonders.

Aus den 50er Jahren stammt folgendes Zitat Konrad-Adenauers: "Wir müssen in Deutschland wieder eine Schicht von Gebildeten schaffen. Ich spreche absichtlich von Bildung und nicht von Wissen. Die Bildung steht höher als das Wissen."

Eine Kultur der Erinnerung und des Gedenkens zu pflegen und sie zu bilden, geht über eine Wissensvermittlung hinaus. Diese Bildung schließt eine Wertbindung ein. Das Wissen ist dafür die Voraussetzung.

Ohne Wertbindungen sind Menschen leichter verführbar, können zurück in die Barbarei fallen, bis sich Gut und Böse völlig ins Gegenteil verkehren:

- bis es gut ist, einen Menschen in den Selbstmord zu treiben, weil er angeblich den Sozialismus bedrohe;

- bis es gut ist, Vater, Mutter, Sohn, Tochter, Freund oder Ehepartner eines scheinbaren Verbrechens zu beschuldigen;

- bis es gut ist, eine krude definierte Rasse auszurotten, weil sie angeblich die Menschheit zersetze;

- bis es schließlich möglich ist, folgende Sätze zu sagen, die Heinrich Himmler auf einer SS-Offizierstagung in Posen am 4. Oktober 1943 vortrug:

„Von euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammen liegen, wenn 500 da liegen oder wenn 1000 da liegen. Dies durchgehalten zu haben und dabei - abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwächen - anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht.“

Da wird die „drohende Barbarei der Geschichtslosigkeit“ greifbar, von der Jakob Burckhardt spricht.

In der Bundesrepublik wurde nach dem zweiten Weltkrieg die Bundeszentrale für politische Bildung gegründet, auf die Bundeskanzler Adenauer damals besonderen Wert legte. Denn Adenauer wusste, welche Schäden die nationalsozialistische Diktatur in den Menschen hinterlassen hatte.

Die Menschen in den jungen Bundesländern mussten solche Umerziehungsmaßnahmen in zwei Diktaturen insgesamt über 50 Jahre erdulden. Es wäre doch naiv zu glauben, dass die systematische Entwöhnung von Demokratie und Selbstbestimmtheit spurlos an den Menschen vorübergegangen sei.

Und so haben wir hier natürlich noch eine besondere Aufgabe: Das Erzählen der Geschichte, wie wir sie erinnern. Lesen Sie beispielsweise auch einmal die erschütternden Berichte über die Zwangskollektivierung und die Errichtung der LPGs. Über all diese Ereignisse und Barbareien gibt es Augenzeugenberichte und auch Romane, zum Beispiel „Landnahme“ von Christoph Hein oder „Ausharren im Paradies“ von Renate Feyl.

Bei der Aufarbeitung des Nationalsozialismus mag auch in der Bundesrepublik nicht alles perfekt gewesen sein. Doch kein Land der Welt hat sich intensiver mit dem dunkelsten Kapitel seiner Geschichte beschäftigt als Deutschland. Eine der Folgen ist,

POTSDAM

JÖRG SCHÖNBOHM

August 2006

[www.kas.de/potsdam](http://www.kas.de/potsdam)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

dass Antisemitismus und fremdenfeindliche Gewalt von der riesigen Mehrheit der Gesellschaft abgelehnt wird.

Wer diesen Konsens ablehnt, disqualifiziert sich, er kann politisch in diesem Land nichts gestalten und wird teilweise auch strafrechtlich verfolgt, siehe Ausschwitzlüge. Die Aufarbeitung der SED-Diktatur erweist sich hingegen als Problem in unserer Demokratie:

Die lediglich umbenannte Partei der Unterdrückung, der Mauer und des Spitzelsystems sitzt in vielen Parlamenten und betreibt weiterhin mit Nachdruck die Fälschung der eigenen Geschichte. Unterstützt wird sie dabei noch immer von der Organisation, die sich über Jahrzehnte mit dem Titel „Schild und Schwert der Partei“ schmückte, dem MfS bzw. seinen ehemaligen Mitarbeitern.

Die entscheidenden Träger und Verteidiger des sozialistischen Regimes, die Führungsoffiziere des Geheimdienstes, organisieren sich heute in der „Gesellschaft zur rechtlichen und humanitären Unterstützung“. Die steuerabzugsbegünstigte Arbeit dieser Leute besteht unter anderem darin, das Gedenken an die Opfer der SED-Diktatur zu beeinträchtigen und zu beschmutzen, wie etwa in der Gedenkstätte Hohenschönhausen geschehen – sowohl öffentlichkeitswirksam als auch durch das Behindern von Führungen durch verdeckte Störer. Und dies sind nur wenige Hinweise auf ihre politische Kaderdenkweise.

Die Funktion des MfS-Offiziers Hans Rentmeister, der sich auch 16 Jahre nach der Einheit noch als „Generalsekretär des Internationalen Sachsenhausen-Komitees“ anmaßte, über die Art und Weise des Gedenkens an die Opfer der kommunistischen Zwangssysteme bestimmen zu dürfen, zeigt eine unglaubliche Kaltblütigkeit.

Dem Internationalen Sachsenhausen-Komitee gebührt Achtung, dass es sich sofort von Hans Rentmeister getrennt hat, als seine Karriere als hauptamtlicher Mitarbeiter des MfS publik wurde. Beim Gedenken an Diktaturopfer hat ein MfS-Täter nichts zu

sagen. Das Gedenken ist auch Verpflichtung zur Tat! Wenn wir es nicht wehren, erlauben wir es den Tätern von gestern, heute noch ihre Taten zu beschönigen, ihre Opfer weiterhin einzuschüchtern und sogar zu verhöhnern.

Angriffen und Manipulationen unseres Gedenkens müssen wir entschlossener entgegentreten. Das Gedenken an die Opfer sollte zumindest zwischen der SPD und der CDU unstrittig sein, wurden doch sowohl Mitglieder der SPD als auch der CDU in der DDR verfolgt und eingesperrt. Hier wünschte ich mir, dass sich die SPD klar von der PDS distanziert.

Es gibt eine erschütternde Dokumentation des Parteivorstandes der bundesrepublikanischen SPD aus dem Jahre 1955, in der die an Sozialdemokratien verübten Verbrechen in SBZ und DDR detailliert beschrieben werden. Es wird genau berichtet von denen, die in den Speziallagern gelitten haben und gestorben sind.

Dazu gehören auch Sozialdemokraten, deren Verbrechen darin bestand, sich der Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED zu widersetzen.

Wir müssen dieser Opfer heute angemessen gedenken, weil wir es heute können und weil wir wissen, wie sie gelitten haben, nur weil sie nicht auf der Seite der Kommunisten standen.

Ihr Leiden und ihr Einstehen für ihre Überzeugungen nehmen uns auch in die Pflicht.

Es gilt, sowohl fehlendes Wissen zu ergänzen als auch Verständnis für Zusammenhänge zu wecken und so manche Widerstände zu überwinden. Es sollte zum Beispiel selbstverständlich sein, dass in Deutschland einem Massenmörder wie Lenin kein Denkmal gebührt; sie werden die Diskussion, die derzeit in Potsdam läuft, vermutlich verfolgt haben. Lenin gehört ins Museum, aber nicht auf öffentliche Plätze.

Dabei geht es nicht um Bilderstürmerei, wie behauptet wird; sondern es geht um die Frage, ob wir einem sozialistischen Mas-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

POTSDAM

JÖRG SCHÖNBOHM

August 2006

[www.kas.de/potsdam](http://www.kas.de/potsdam)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

senmörder Denkmäler setzen sollten, ja oder nein – ich meine nein.

Wir sollten dafür werben, auch mehr Straßen und Plätze nach verdienstvollen Mitbürgern, demokratischen Vorbildern aus unserer Kultur und Geschichte zu benennen. Es ist für mich zum Beispiel unverständlich, warum wir in Brandenburg nach wie vor so viele Clara-Zetkin-Straßen haben. Clara Zetkin kämpfte für ein Sowjetdeutschland nach dem Vorbild der Sowjetunion: keine Demokratie, sondern die sogenannte „Herrschaft des Proletariats“. Ich verstehe auch nicht, warum wir in Brandenburg keine Oskar-Brüsewitz-Straße haben, um so eines Mannes zu gedenken, der aktiv gegen die Unfreiheit in der DDR kämpfte und sich aus Protest öffentlich verbrannte – am 18. August 1976, also vor fast genau 30 Jahren. So ist Gedenken - im großen wie im sehr persönlichen, mitmenschlichen Bereich – eine Aufgabe der Politik, aber auch des einzelnen Bürgers. Wir alle sollten hier aufmerksamer und mitfühlender auch in unserem eigenen Land werden.

Die heutige Veranstaltung hat sich damit beschäftigt, was der Mensch dem Menschen antun kann, wenn er seine Bindung verliert. Wir wollen uns dessen erinnern, damit so etwas unter uns nicht wieder möglich ist.

Teil dieser Arbeit muss sein, an die Schrecken der Vergangenheit zu erinnern. Wir sind es den Opfern schuldig, sie verpflichten auch uns als Nachgeborene. Es darf dabei keine Opfer erster und zweiter Klasse geben. Jedes Opfer ist ein Mensch, der unschuldig gelitten hat bis zum Tod. Für das Gedenken mag es unterschiedliche Anlässe und Formen geben – aber die Trauer um das Verlorene vereint uns.

Zugleich bedeutet die Erinnerung an das Geschehene, unsere freiheitliche und demokratische Gemeinschaft zu stärken, sie zu immunisieren gegen Intoleranz, aus der letztlich Gewalt gegen andere Menschen erwächst.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit!